

EIN KOMMENTAR

# Kriminalpolizei am Limit

Sabrina Kunz: „Die Kriminalpolizei ist am Limit. Es muss schnell und zielgerichtet gehandelt werden.“

Pensionierungswellen, eine massive Überalterung auf der einen Seite – eine deutliche Verjüngung auf der anderen Seite, situationsbedingte Mehrbelastungen bei sich dynamisch entwickelnden Herausforderungen, Probleme bei der Nachwuchsgewinnung, zunehmende Spezialisierungsbedarfe bei gleichzeitiger Notwendigkeit der Kriminalpolizei in der Fläche – der Handlungsbedarf in der kriminalpolizeilichen Aufgabenbewältigung ist groß.

Die Zahl der interessierten Kolleg:innen für die Arbeit der Kriminalpolizei liegt weit hinter dem benötigten Bedarf zurück. Die Gründe dafür sind seit Langem bekannt und vielschichtig. Nur ändert sich das kaum bzw. zu langsam.

Trotzdem wird die Arbeitsbelastung der Kriminalpolizei in den nächsten Jahren noch weiter steigen, weil es der Polizei immer besser gelingt, auch Straftaten, die sich im Dunkelfeld des Internets ereignet haben, aufzuhellen. Was das für die Arbeit der Kriminalpolizei bedeutet, erleben wir bei der Bekämpfung des Kindesmissbrauchs bzw. der sexualisierten Gewalt gegen Kinder bereits. Zudem steigen die Fallzahlen, welche nicht direkt durch die PKS abgebildet werden, seit Jahren deutlich an.

Andere Bereiche wie z. B. die Bekämpfung der Betäubungsmittelkriminalität deswegen zu vernachlässigen, wäre fatal und würde dem Anspruch einer rechtsstaatlichen Bürgerpolizei nicht gerecht. Und auch hier ist mit einem höheren Fallaufkommen zu rechnen. Nach dem Jahresbericht „Rauschgift“ aus dem Jahr 2019 befinden wir uns bei den Rauschgiftdelikten und bei der Sicherstellung von harten Drogen auf einem Höchststand.

*Kluge, innovative, aber gleichzeitig auch vernünftige und mitarbeiterorientierte Lösungen müssen her, um die permanente Arbeitsüberlastung zurückzuführen und die Einsatzfähigkeit der Kriminalpolizei im Land insge-*

*samt zu erhalten und zu stärken und damit eine vertretbare „Work-Life-Balance“ zu schaffen.*

Lösen lässt sich das alles jedoch nur, wenn die Kripo endlich so viele Stellen bekommt, wie sie für ihre Arbeit braucht. Und dies nicht durch das Ausdünnen an anderer Stelle, sondern durch eine an den Bedarfen orientieren Einstellungs politik. Die Einstellungszahlen müssen dabei helfen und können zu einer Entspannung beitragen; diese Notwendigkeit sehen wir insbesondere auch im Tarifbereich.

Dass sich nunmehr die Behördenleitungen, das Innenministerium und in Teilen auch die Politik dieses Themas angenommen haben, wird durch die GdP begrüßt; fordern wir doch seit Jahren eine personelle Verbesserung. Wir warnen jedoch vor Schnellschüssen.

*Klar ist, dass schnelle, zielgenaue Lösungen notwendig sind, welche dann auch zügig umgesetzt werden müssen. Fakt ist aber auch, dass dies ohne den Blick der Betroffenen nicht gelingen kann. Denn diese wissen am besten, wo es hakt.*

## Spezialist:innen von außen helfen ... aber nur bedingt

Die GdP hat mit ihrer Umfrage unter Dienstzweigwechsler:innen vor einigen Jahren den eindrucksvollen Beleg dafür geliefert, wie wichtig es für die kriminalpolizeiliche Aufgabenbewältigung ist, zunächst im Streifen dienst der Schutzpolizei Erfahrungen zu sammeln. Dies gilt demzufolge auch für Spezialist:innen in unterschiedlichen Bereichen. Das fachliche Know-how, das unsere Spezialist:innen von außen – z. B. im IT-Bereich – mitbringen, ist dringend notwendig. Besonders effektiv lassen sich diese Kolleg:innen jedoch einsetzen, wenn sie auch das ermittlungstaktische Know-how haben und die Organisation auch wirklich kennen.

Unser Zwischenfazit hierzu: das eine tun, ohne das andere zu lassen!



Foto: Hagen Immel

Macht sich für die Kriminalpolizei stark: Sabrina Kunz

## Stärkung statt Abbau der Fortbildung

In kaum einem anderen Bereich ist der Fortbildungs- und Qualifizierungsbedarf so stark gestiegen wie bei der Kriminalpolizei. Gerade in Zeiten des rasanten technologischen Wandels ist ein adäquates, modernes und fachlich anspruchsvolles Fortbildungs- und Qualifizierungsprogramm erforderlich, ja sogar unverzichtbar. Dieses muss sich an den Bedürfnissen der Praxis orientieren.

Im ersten Schritt ist es hierzu erforderlich, auch weiterhin die kriminalpolizeilichen Inhalte und vor allem deren Auswirkungen auf die Ermittlungskompetenzen der jungen Kolleg:innen im Studium anzupassen und zu evaluieren. Wird im Studium auf die richtigen Inhalte gesetzt? Wird im Studium das notwendige Standardrepertoire an Ermittlungskompetenz vermittelt?

Hierzu gehört es aber auch, die Fortbildungsinhalte des theoretischen Teils des Dienstzweigwechsels weiterhin fortlaufend zu evaluieren. Zudem ist es essenziell, den Kolleg:innen der Kriminalpolizei fachspezifische Fortbildungsangebote zu unterbreiten; zeitnah, umfassend und bedarfsorientiert.

Geschieht dies alles nicht, wird die Handlungsfähigkeit der Ermittlungsdienste weiter eingeschränkt, weil die dort eingesetzten Kolleg:innen von der fachlichen und technischen Entwicklung überrollt werden.



## Digitalisierung in der Kriminalpolizei voranbringen

Die Datenmengen, mit der sich die Polizei allein in Rheinland-Pfalz bei der Ermittlung von Straftaten im Internet konfrontiert sieht, bewegen sich im Terabyte-Bereich und sie wachsen weiter an. Es stellt sich – neben personellen Erfordernissen – demnach die Frage, ob bei einzelnen Deliktsfeldern künstliche Intelligenz zur gezielten Durchforstung großer Datenmengen genutzt werden kann? Bei der Verfolgung von Kinderpornografie ermöglichen bereits jetzt Algorithmen eine umfassende Auswertung enormer Datenmengen innerhalb kürzester Zeit. Es stellt sich aber zudem die Frage, ob die hier gewonnen Erkenntnisse nicht auch in Zukunft für die Verfolgung von Straftaten in anderen Deliktsfeldern genutzt werden müssen, die im oder mithilfe des Internets begangen worden sind.

Das innovative Projekt der Polizei Rheinland-Pfalz gemeinsam mit dem Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) ist ein Schritt in die richtige Richtung. Es muss aber auch allen klar sein, dass diese Technik die Bewertung durch den Menschen nicht ersetzen kann.

## Technik und Personal immer zusammen denken

Es wird erforderlich sein, die technische und die personelle Ausstattung der Kriminalpolizei – wie der gesamten Polizei – in Zukunft systematisch miteinander zu verknüpfen.

Mit der Implementierung neuer Technik muss immer auch der damit verbundene (Mehr-)Aufwand an Zeit- und Fortbildungsbedarfen gesehen werden. Ein Punkt, der seit Jahren leider geringgeschätzt wurde. Einfach immer nur draufpacken funktioniert eben nicht. Die daraus erwachsenen Ansprüche der Beschäftigten auf Perspektive und Aufstiegschancen dürfen nicht ignoriert werden, will man die Kriminalpolizei endlich wieder attraktiv machen.

## Perspektive statt Notlösung

Dass erfahrene Ermittler:innen die Kripo bzw. ihr Tätigkeitsfeld verlassen müssen,



Foto: Sven Hummel

Zuständig für die Kripo-Themen: Sven Hummel

um beruflich weiterzukommen, führt zu sinkender Attraktivität der Kriminalpolizei.

Wer sich fachlich spezialisiert und qualifiziert, wer Erfahrung angesammelt hat, wer zufrieden und motiviert in seinem Tätigkeitsfeld ist, der sollte dort auch bleiben, und zwar ohne einen „Karriereknick“ zu empfinden oder zu erleben. Neben den sog. „Führungskarrieren“ müssen in der gesamten Polizei auch „Fachkarrieren“ möglich sein.

Dass die psychischen Belastungen der Arbeit in bestimmten Bereichen der Kriminalpolizei nunmehr im Rahmen von „GAP K“ betrachtet werden, ist ein wichtiges Signal. Wir setzen auf den ergebnisoffenen Umgang mit dieser Thematik. Fakt ist, dass monetäre Anreize die psychischen Belastungen nicht ausgleichen können, insofern dürften Instrumente wie regelmäßige Supervisionen die besseren Instrumente sein. Es handelt sich bei den Zulagen jedoch um Hygienefaktoren, die aber dann wichtig sein können, wenn alle anderen Instrumente nicht greifen oder zu kurz kommen.

Die Polizei als Ganzes in einem Flächenland denken – wir müssen aufpassen, dass wir uns nicht zurückentwickeln!

Einer Organisationsreform der Kriminalpolizei und einer damit einhergehenden Verlagerung dieser von der Fläche in die Kriminaldirektionen erteilt die GdP eine klare Absage. Die aktuelle Organisationsstruktur in einem Zusammenspiel von Zentralisierung, Spezialisierung, Dezentralisierung

bzw. Kriminalpolizei in der Fläche wurde mühsam aufgebaut.

Einen Schritt in die Zeit Anfang der 90er-Jahre würde einen Rückschritt für die Polizei Rheinland-Pfalz bedeuten. Wir würden uns zurückentwickeln, weil am Personal gespart wird, Bedarfe nicht erkannt werden und wir uns die Zeit für vernünftige Lösungen nicht lassen. Wollen wir das?

Die Kriminalinspektionen in der Fläche haben sich bewährt. Die Polizei Rheinland-Pfalz gestaltet den Integrativen Ansatz und das Zusammenspiel zwischen Schutz- und kriminalpolizeilicher Arbeit im Flächenland in vorbildhafter Weise. Bei uns wird die Zusammenarbeit besonders gelebt und werden Basics vermittelt, welche für die gesamte Organisation hilfreich sind. Darüber hinaus wird ein gegenseitiges Verständnis für die Arbeit der anderen Sparte erzeugt. Nicht umsonst sprechen K-Beamtinnen und K-Beamte bei den Inspektionen von ihrer PI und sprechen Beamtinnen und Beamte der Schutzpolizei bei den Kriminalinspektionen von ihrer Kriminalpolizei. Dies nehmen auch die Bürger:innen in unserem Land wahr. Aber auch den Kolleg:innen in der Fläche muss die Chance für Perspektiven gegeben werden, wie z. B. Herausgehobene Sachbearbeiter:innen nach A 12 bzw. sog. Fachkarrieren. Das bedingt aber, dass der gedeckelte Topf der A 12- und A 13-Stellen endlich zukunftsfähig gemacht wird. Darüber hinaus muss die Organisation aber auch der Bekämpfung von veränderten Kriminalitätsphänomenen bzw. Tatbegehungsweisen gerecht werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe Fragen aufgeworfen und Lösungen andiskutiert, Gedanken geäußert und Herausforderungen beispielhaft skizziert. Die GdP erarbeitet aktuell – unter breiter Beteiligung der Basis – ein umfassendes Positionspapier hierzu. Wir werden dieses nach Fertigstellung und Beratung in den zuständigen Gremien der Öffentlichkeit und der Politik vorstellen. Habe ich euer Interesse geweckt? Wollt ihr uns eure Auffassung mitteilen? Habt ihr Interesse, euch an der Diskussion zu beteiligen? Dann meldet euch bei Sven Hummel ([sven.hummel@gdp-rlp.de](mailto:sven.hummel@gdp-rlp.de)) dem Fachausschuss Kriminalpolizei ([frank.wimmel@gdp-rlp.de](mailto:frank.wimmel@gdp-rlp.de)) oder bei mir persönlich ([sabrina.kunz@gdp-rlp.de](mailto:sabrina.kunz@gdp-rlp.de)). Eure Meinung ist uns wichtig.

**Eure Sabrina Kunz**



Foto: Pixabay



INTERVIEW MIT JOHANNES KUNZ UND STEFAN POHL

# Das LKA macht in Künstliche Intelligenz

Beim LKA Rheinland-Pfalz wurde ein sogenanntes TransferLab zur Forschung im Bereich Künstliche Intelligenz (KI) für die Polizei eingerichtet. Der Begriff TransferLab beschreibt hier die Zusammenarbeit des LKA, des BKA und des Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz GmbH (DFKI) in Kaiserslautern und kann als völlig neuer und innovativer Weg bezeichnet werden.

Daher wollte die DP mehr wissen und hat mit dem Präsidenten des LKA, Herrn Johannes Kunz, und dem Dezernats- und Projektleiter in RP, Herrn Stefan Pohl, das Gespräch gesucht.

**DP: Sehr geehrter Herr Kunz, wie ist das Projekt entstanden?**

**Kunz:** Die Arbeitsaufwände in unseren Tätigkeiten, insbesondere im Bereich der Auswertung, nehmen kontinuierlich zu, das beobachten wir schon seit einigen Jahren. Und da ist der Gedanke an Künstliche Intelligenz einfach naheliegend. Wenn es Möglichkeiten gibt, mit den Aufwänden umzugehen, müssen wir die auch nutzen. Und das Deutsche Forschungszentrum verfügt in diesem Bereich durch eigene Forschung über eine ausgewiesene hohe Expertise, was jedoch bisweilen fehlt, sind echte Anwendungsfälle. Die haben wir; dementsprechend bestand beim DFKI ein hohes Interesse an der Arbeit mit uns und den echten polizeilichen Use-Cases oder Anwendungsfällen, die wir zusammen mit dem BKA bieten können. Nach einem Gespräch der Staatssekretärin mit allen Behördenleitern war dann klar, dass das Thema beim Landeskriminalamt angesiedelt wird, und nun kümmern wir uns darum.

**DP: Was soll denn nun konkret in dem Projekt passieren?**

**Pohl:** Ein Forschungsfeld sind die Bilder von Schuhspuren. Die sollen automatisiert abgeglichen und geprüft werden: Sind

da sich wiederholende Muster enthalten und gibt es dann Übereinstimmungen? Und das Besondere an KI ist natürlich auch, dass das System sich weiterentwickeln, besser werden kann. Beim zweiten Tätigkeitsfeld geht es um die digitalen Beweismittel, deren Volumen ja bekanntlich extrem zunehmen. Hier wollen wir Möglichkeiten finden, Messengerdaten auszuwerten und selbstlernende Filter einzusetzen. Ein Beispiel ist das aus den Medien bekannte EncroChat-Strafverfahren im OK-Bereich aus dem Jahr 2020, in dem über eine Million Datensätze bearbeitet werden müssen. Außerdem haben wir die Sprache im Blick. Hier kann uns KI bei dem Erkennen von Fremdsprachendialekten helfen, um gezielt korrekte Dolmetscher einzubinden. Das Schöne ist auch hier, dass man die KI anlernen kann, Dinge selbstständig zu erlernen. Zuletzt wird es noch um die Wiederherstellung von gelöschten Daten auf Festplatten u. ä. gehen. Bei all den Themen versuchen wir, mittels KI riesige Datenmengen wieder handhabbar zu machen.

**DP: Also müssen sich die Menschen keine Gedanken machen, dass ein Roboter ihre Strafanzeigen bearbeitet?**

**Kunz:** Nein, auf keinen Fall. Wir wollen mit dem Projekt erreichen, dass künstliche Intelligenz kein Fremdwort in der Polizei ist und ein echter Mehrwert entsteht, für die ganze Polizei. Dafür war es uns auch wichtig, konkrete Ziele zu setzen und auch Abgrenzungen zu schaffen. Wenn wir allzu viel in das Projekt hineinpacken, sehen wir das Ziel nicht mehr klar. Wir wollen Ergebnisse präsentieren, die wir konkret gebrauchen können. Dazu muss man sich bei dem Thema auf jeden Fall fokussieren.



Foto: Julia Emmerling

Johannes Kunz (Mitte), Stefan Pohl (links) und Stefanie Loth im Gespräch zum laufenden TransferLab, welches die Forschung zu Künstlicher Intelligenz bei der Polizei RLP beinhaltet.

**DP: Stefan, wie sieht das so jeden Tag bei euch im Dezernat aus?**

**Pohl:** Tatsächlich hat das LKA für das ForschungsLab zwei Stellen in der E 14 zugesprochen bekommen, die sich in unserem Dezernat 25, IUK-Forensik, mit nichts anderem beschäftigen als der Forschung in den oben beschriebenen Gebieten. Dies stellt einen großen Unterschied zu sonstigen Projekten dar, bei denen die Mitarbeitenden lediglich solche Innovationsarbeiten nebenher leisten. Inhaltlich arbeiten wir nach einem empirischen Prozessmodell. Was heißt das? Die Forschungsziele in den vier Themen sind zunächst nur grob beschrieben. Wir setzen uns dann Ziele, mit konkret verwertbaren Ergebnissen für einen beherrschbaren Zeitraum von vier Wochen. Die Mitarbeitenden arbeiten in den vier Wochen autark an ihren Themen. Nach vier Wochen machen wir den „Cut“, machen einen Abgleich zwischen Zielen und Ergebnissen. Anhand der Erfahrungen und Ergebnisse werden die groben Forschungsziele konkretisiert und so im Laufe der einzelnen Forschungsintervalle immer detaillierter und konkreter. Wirklich neu hieran ist die Zusammenarbeit mit dem DFKI und dem BKA. Durch das gemeinsame TransferLab besprechen wir uns zeitlich engmaschig mit den anderen ForschungsLab-Beteiligten und tauschen uns aus. Dann kann bei Bedarf sehr schnell reagiert und angepasst werden und es findet ein toller Know-how-Transfer zwischen den beteiligten Organisationen statt. Das ist auch der Grund, warum die Arbeit im „Lab“ gerade von allen Beteiligten als sehr gewinnbringend erlebt wird.

**DP: Vielen Dank für das Gespräch. ■**



» Isabel Sorg

Nach den vielen Lobeshymnen auf den öffentlichen Dienst in den letzten Wochen und Monaten soll sich jetzt auch was im Geldbeutel tun!

#### TARIFVERHANDLUNGEN

## Tarifbotschafter stehen bereit

Laut Einschätzung unserer Tarifexpertin Isabel Sorg werden die Tarifverhandlungen schwierig. Zu befürchten ist, dass die Arbeitgeberseite versuchen wird, das Eingruppierungsrecht zu beschneiden und damit für die Tarifbeschäftigten die Bezahlung zu verschlechtern. Kurz bevor steht die Auftaktveranstaltung der Tarifverhandlungen am 8. Oktober in Berlin, höchste Zeit, auch die ersten drei Tarifbotschafter aus Rheinland-Pfalz vorzustellen, die noch einmal intensiv beschult wurden, um euch noch besser Rede und Antwort auf all eure Fragen stehen zu können:

### Sanja Ottinger-Lorösch



Foto: Michael Rasch

Sanja Ottinger-Lorösch, Personalrätin bei der Polizeidirektion Ludwigshafen freut sich Ansprechpartnerin zu sein.

### Christoph Hanschke



Foto: GdPRLP

Christoph Hanschke, Funksprecher auf der Führungszentrale Mainz will für mehr Transparenz sorgen.

### Eric Betzing



Foto: Michael Rasch

Eric Betzing, FLIR-Operator bei der Hubschrauberstaffel Rheinland-Pfalz in Winnigen hat das Ohr nah bei den Leuten.

#### VEREIDIGUNG

## Herzlich Willkommen 24. und 25. Bachelor!

Der 24. und der 25. Bachelorstudiengang wurde am 1. September an der Hochschule vereidigt, insgesamt 538 (davon 165 Frauen) Menschen, die ihren Weg ins Berufsleben finden.

Die GdP freut sich außerordentlich, denn diese Verstärkung braucht die Polizei unbedingt. ■



Foto: Jennifer Otto



Foto: GdPRLP

Am Rande der Vereidigung bedankt sich die Landesjugendvorsitzende Jennifer Otto bei Friedel Durben für sein Engagement für den polizeilichen Nachwuchs und wünscht Uwe Lederer alles Gute für die Zukunft als Leiter der Hochschule der Polizei.

Perfekt choreographiert standen die Studentinnen und Studenten auf dem Sportplatz für ihre Vereidigung bereit.

## MITARBEITERIN DER GESCHÄFTSSTELLE

**Im Rechtsschutz tätig: Frauke Holzenthal**

Die 33-Jährige Mainzerin hat Jura und französisches Recht in Saarbrücken studiert und im Anschluss dort das Referendariat mit zweitem Staatsexamen abgeschlossen. Nach einer Tätigkeit im Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz ist sie seit 2020 bei uns in der Geschäftsstelle tätig und kümmert sich als Volljuristin um eure Rechtsschutzanträge. ■



Eine der drei Jurist:innen bei der Geschäftsstelle: Frauke Holzenthal



## RECHTSSCHUTZ

**BGH zur Beitragsanpassung in der privaten Krankenversicherung**

In den letzten Monaten hat sich der BGH mehrmals mit der Frage auseinandergesetzt, unter welchen Voraussetzungen eine Beitragserhöhung in der privaten Krankenversicherung wirksam wird.

Mit zwei Urteilen vom 16. Dezember 2020 (IV ZR 294/19 und IV ZR 314/19) hat der BGH präzisiert, welche Angaben der Versicherer im Rahmen einer Prämienanpassung nach § 203 Abs. 5 VVG machen muss. Diese Vorschrift verlangt die Angabe der „maßgeblichen Gründe“ für die Neufestsetzung des Versicherungsbeitrags. Nach dem Gesetz ist eine Anpassung nur möglich, wenn sich die für die Beitragsberechnung relevante Rechnungsgrundlage verändert hat. Maßgebliche Rechnungsgrundlage für die Höhe des Beitrags sind die Versicherungsleistungen und die Sterbewahrscheinlichkeiten. Fällt eine dieser Rechnungsgrundlagen höher als kalkuliert aus, so darf der Versicherer den Beitrag einseitig anpassen. Der neue Beitrag ist dann ab dem zweiten Monat nach der Mitteilung der Änderung wirksam.

Voraussetzung ist aber, dass der Versicherer in der Mitteilung über die Beitragsanpas-

sung die Rechnungsgrundlage(n) angibt, deren Veränderung die Beitragserhöhung auslöst. Eine allgemein gehaltene Mitteilung, aus der nicht eindeutig hervorgeht, ob eine Veränderung der Versicherungsleistungen oder der Sterbewahrscheinlichkeiten (oder beider Rechnungsgrundlagen) eine Prämienanpassung nötig macht, reicht nicht aus. Darüber hinausgehende Angaben sind für eine wirksame Anpassung des Beitrags nicht erforderlich. Insbesondere muss der Versicherer nicht angeben, in welcher Höhe sich die maßgebliche Rechnungsgrundlage verändert hat. In den beiden oben genannten Verfahren hatte der Versicherer die Versicherungsnehmer jeweils nur allgemein über die Voraussetzungen einer Beitragserhöhung informiert. Das ist nach Ansicht des BGH nicht genug.

Ist die Beitragsanpassung unwirksam, so kann man die Differenz zwischen dem zu Unrecht erhöhten Beitrag und dem vorherigen Beitrag vom Versicherer zurückfordern, und zwar verzinst. Dies ist für mindestens die letzten drei Jahre möglich. Eine Einschränkung gibt es aber: Der Versicherer kann die eigentlich unwirksame Beitrags-

anpassung zu einem späteren Zeitpunkt für die Zukunft wirksam machen, wenn er die Begründung der Anpassung nachholt. Der neue Beitrag wird dann ab dem zweiten Monat nach der (nachgeholt) Angabe der Gründe wirksam. Auch eine Beitragserhöhung zu einem späteren Zeitpunkt – sofern sie die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt – kann die frühere unwirksame Erhöhung „heilen“.

In zwei nachfolgenden Urteilen vom 10. März 2021 (Az.: IV ZR 353/19) und 14. April 2021 (Az.: IV ZR 36/20) hat der BGH seine Rechtsauffassung bestätigt.

Hinweis: Der GdP-Rechtsschutz gilt in arbeits- und dienstrechtlichen Streitigkeiten. Da die Streitigkeiten mit der privaten Krankenversicherung nicht dazu zählen, können wir euch bei Problemen mit eurem Versicherer leider weder beraten noch vertreten.

**Frauke Holzenthal (Ass. Jur./Referentin)**

**Bitte nutzt für Rechtsschutzanliegen folgende Mail-Adresse:**  
rechtsschutz@gdp-rlp.de



Foto: Pixabay

**DP – Deutsche Polizei**  
Rheinland-Pfalz

**Geschäftsstelle**  
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15  
55129 Mainz  
Telefon (06131) 96009-0  
Telefax (06131) 96009-99  
www.gdp-rlp.de  
gdp-rheinland-pfalz@gdp.de

Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Redaktion**  
Stefanie Loth (v.i.S.d.P.)  
Gewerkschaft der Polizei  
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15  
55129 Mainz  
Telefon (06131) 96009-0  
Telefax (06131) 96009-99  
stefanie.loth@gdp.de



**Bitte nutzt für Rechtsschutzanliegen folgende Mail-Adresse:**  
rechtsschutz@gdp-rlp.de

AUS DEM HPRP

# Reaktion auf abnehmende Bewerberzahlen

## Interne Revision

Die Behörden sollen dezentral besonders sensible Bereiche im Blick haben, hierzu gehört z. B. die Asservatenverwaltung. Eine Arbeitsgruppe wird zu Einzelbereichen u. a. die Vorschriftenlage, der tatsächliche Umgang und mögliche Schwachstellen untersuchen.

## Diensthundewesen

Mit der neuen Tierschutz-Hundeverordnung wird ein hundertprozentig gewaltfreier Umgang mit Tieren gefordert. Bei der Ausbildung, bei der Erziehung und beim Training von Hunden sind Stachelhalsbänder oder die Verwendung anderer für die Hunde schmerzhaftes Mittel verboten. Diese Gesetzesänderung und andere Themen werden in der landesweiten Arbeitsgruppe behandelt werden.

## Einstellung IT-Kriminalistinnen/-Kriminalisten

19 Bewerberinnen und Bewerber haben ein Einstellungsangebot für den Qualifizierungslehrgang zu IT-Kriminalistinnen und -Kriminalisten erhalten.

## Brandermittlungsfahrzeuge

Dem HPR wurde zur Zustimmung die technische Leistungsbeschreibung zur Beschaffung von Kriminaltechnikkraftwagen für Brandermittler (KRIKW Brand) vorgelegt. Ab 2022 sollen insgesamt 16 solcher Fahrzeuge nach und nach beschafft werden. Die

sogenannten getrennten Schwarz-Weiß-Bereiche werden erstmals bei der Polizei so vorgesehen. In der Arbeitsgruppe wurden die Anwender aus den Präsidien und dem LKA einbezogen.

Das Gremium stimmte der Vorlage zu und betont die Bedeutung ausreichend großer Waffenfächer.

## Änderung der Studienordnung

Für den Bachelorstudiengang Polizeidienst an der Hochschule der Polizei wurden beim 3.000-Meter-Lauf Änderungen vorgenommen.

Aufgrund von Erfahrungswerten wurde bei den 3.000-Meter-Läufen die Zeiten bei den Frauen und Männern angepasst, sodass die Trainingsaufwände der Männer und der Frauen sich angleichen können.

## Vorübergehende Änderungen im Eignungsverfahren 2021

Für den Einstellungstermin Oktober 2021 liegt eine schwache Bewerberlage vor. Das Ziel sind 300 Einstellungen. Daher wird ausnahmsweise eine Änderung in der Einstellungspraxis vorgenommen. Wenn Bewerber

einen Testbaustein des Intelligenz- und Leistungstest nicht bestehen, aber mindestens 25 Punkte erreichen, kann man ihnen trotzdem eine Einstellungs-zusage machen, wenn sie über ein abgeschlossenes Studium oder eine Schulnote von besser als 2,5 verfügen.

## Änderung der Verwaltungsvorschrift geringfügige Ordnungswidrigkeiten (Owi)

Die Verwaltungsvorschrift zur Ahndung von geringfügigen Ordnungswidrigkeiten aus dem Jahr 2010 ist veraltet und wurde überarbeitet. Neben aktualisierten Verweisungen auf andere Gesetze wurde eine Ermächtigung zur Ahndung von geringfügigen Owis nach § 115 Abs. 1 und 2 des POG ergänzt, also Owis bis 55 €. Mögliche Anwendungsfälle sind Zuwiderhandlungen gegen vollziehbare Platzverweise, Meldeauflagen und Aufenthaltsverbote.

Sabrina Kunz (06131) 16-3365  
René Klemmer (06131) 16-3378  
Steffi Loth (06131) 16-3379 o. 65-3040  
Sven Hummel (06131) 16-3380  
Ingo Schütte (06313) 16-3233 o.65-3030  
Gabriele Schramm (06131) 16-3381 ■



**Gewerkschaft  
der Polizei**

*Leidenschaft für mehr!*



# SCHWABENLAND & PSW REISEN



Partner der **Gewerkschaft der Polizei**  
in Baden-Württemberg, Saarland und Rheinland-Pfalz

# 5%

**SONDERRABATT FÜR  
GDP-MITGLIEDER UND  
DEREN ANGENÖRIGE**

## €1339

p.P.



**Iberostar Tainos \*\*\*\***

**Varadero - Kuba**

Flug ab Frankfurt am 08.10.2021  
14 Nächte, Doppelzimmer, All-Inklusive

## €1659

p.P.



**Iberostar Dominicana \*\*\*\*\***

**Punta Cana - Dom. Republik**

Flug ab Düsseldorf am 19.10.2021  
14 Nächte, Super Spazimmer, All-Inklusive

## €2099

p.P.



**Iberostar Paraiso Del Mar \*\*\*\***

**Riviera Maya - Mexico**

Flug ab Frankfurt am 19.10.2021  
14 Nächte, Doppelzimmer, All-Inklusive

## €1859

p.P.



**Iberostar Rose Hall Beach \*\*\*\*\***

**Montego Bay - Jamaika**

Flug ab Frankfurt am 13.10.2021  
14 Nächte, Doppelzimmer Superior, All-Inklusive

## €1399

p.P.



**Iberostar Boa Vista \*\*\*\*\***

**Praia de Chaves - Kap Verde**

Flug ab Stuttgart am 02.12.2021  
14 Nächte, Super Spazimmer, All-Inklusive

**Wir haben  
noch viele  
andere, preislich  
interessante  
Angebote  
in anderen  
Ländern für  
Sie vorbereitet.**

**Rufen Sie unsere fachkundigen Mitarbeiter\*innen an 0711 40269900**

**Stuttgart-Fellbach**  
Eberhardstr. 30  
70736 Fellbach  
Tel.: 0711 / 40269900  
info@pswreisen.de  
www.pswreisen.de

**Eberdingen-Hochdorf**  
Maybachstr. 2  
71735 Eberdingen-Hochdorf  
Tel.: 07042 / 8728312  
karinburger@pswreisen.de  
www.pswreisen.de

**Saarbrücken**  
Kaiserstrasse 258  
66133 Saarbrücken  
Tel.: 0681 / 93312057  
info@pswreisen.de  
www.pswreisen.de

**Mainz**  
Nikolaus-Kopernikus-Str.15  
55129 Mainz  
Tel.: 06703 / 305502  
agruen@pswreisen.de  
www.pswreisen.de

**Zentrale**  
Terminal 3, Reisemarkt  
70629 Stuttgart Flughafen  
Tel.: 0711 / 40269900  
info@schwabenlandreisen.de  
www.schwabenlandreisen.de



## SEMINAR RUHESTAND IM WANDEL

### Ruhestand ante Portas



Foto: Hotel Rheinhessen Inn

Zufriedene Seminarernehmerinnen und -teilnehmer

Nach einer sehr langen Wartezeit kann die Landesseniorengruppe endlich wieder mit ihren Seminaren aufwarten.

In einem ersten Anlauf trafen sich 18 Anwärter/-innen in dem Hotel Rheinhessen INN im rheinhessischen Wörrstadt zum Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“. Unter der bewährten Leitung von Ernst Marx und Heinz Rahm wurde wieder ein vielfältiges Angebot dargeboten, was den Einstieg in den bevorstehenden Lebensabschnitt erleichtern soll. Die anregenden Themen wie Richtig erben und vererben, Beihilfe, Kom-

munikation-Interaktion-Information, Altersgerechte Ernährung, Älterwerden als Herausforderung, Gesundheitsförderung durch Bewegung, Vorsorgevollmacht/Betreuungs- und Patientenverfügung erbrachten interessante Neuigkeiten und führten zu vielerlei Diskussionen. Eingebettet in ein Corona-Konzept konnte in der homogenen Gruppe auch die Geselligkeit ihren Lauf nehmen. Insofern wurde der Veranstaltung, die man sich nicht entgehen lassen sollte, ein positives Resümee erteilt.

**Heinz Rahm**

## KREISGRUPPE MAINZ

### Ingo Volp rockt die Mainzer

Zusammen mit Jana Ritter und Thomas Nesser kümmert sich Ingo Volp ab jetzt um die über 800 Mitglieder der Kreisgruppe Mainz. Er schätzt die GdP als Familie, die hilft und da ist, wenn man sich braucht. Vorher bereits in der Jungen Gruppe aktiv hat er sich schon durch erste Aktionen in die Arbeit gestürzt. Ein Dank geht auch an die Vorgängerin Steffi Loth, die einen dicken Blumenstrauß dafür bekam, dass sie mit Thomas Nesser die letzten vier Jahre wuppte. Verabschiedet wurde auch der rührige Hans-Jürgen Rinner, der nach 13 Jahren Seniorenbetreuung nun die Zeit ganz für sich nutzt, verdient hast du es dir! Geehrt wurde für 40 Jahre Mitgliedschaft der Polizeivizepräsident Thomas Brühl. Herzlicher Dank geht an alle, die bei der Kreisgruppe Mainz mitgewirkt haben und ihr treu geblieben sind! ■



Foto: Bente Voormann

Freut sich auf seine Tätigkeit als Kreisgruppenvorsitzender: Ingo Volp

## Einladung Senioren Bezirksgruppe Mainz

Die Senioren der Bezirksgruppe Mainz laden für den 26. Oktober 2021 um 14 Uhr zur virtuellen Sitzung mit Neuwahlen des Vorstandes ein. Anmeldungen bitte an Ernst Scharbach: ernst.scharbach@gdp-rlp.de ■

## Einladung der Senioren der BG Koblenz

Am Donnerstag, dem 28. Oktober 2021, ab 15 Uhr, findet im Soldatenfreizeitheim „Haus Horchheimer Höhe“, Von-Galen-Straße 1-5, 56076 Koblenz, die Neuwahl des regionalen Seniorenvorstandes der BG Koblenz statt. Wahlberechtigt sind alle Mitglieder der Seniorengruppen der Kreisgruppen PD Mayen, Westerwald/Rhein-Lahn, Neuwied-Altenkirchen und PP/PD Koblenz.

Informationen wurden bereits in der DP 9/21, S. 8, veröffentlicht. Teilnehmersmeldungen bitte bis zum 17. Oktober 2021 per E-Mail an senioren.koblenz@gdp-rlp.de

**Jürgen Kohl**

## Einladung Kreisgruppe PP/PD Koblenz

Hiermit möchten wir euch am 25. November 2021 zur Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Koblenz einladen. Aufgrund der nicht voraussehbaren Pandemieentwicklung kann der Versammlungsort zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht bestimmt werden. Ggfs. erfolgt die Mitgliederversammlung erneut virtuell. Daher bitten wir für die weitere Organisation eine Anmeldung zur Mitgliederversammlung unter ppkoblenz.gdpkgko@polizei.rlp.de. Weitere Informationen sowie die Tagesordnung werden übersandt. ■